

INHALT

Vorwort	XII
Vorwort zur 2. Auflage	XVI

ERSTER TEIL

Grundlagen des Parteiwesens

1. Abschnitt: Zur Geschichte des deutschen Parteiwesens	Seite
I. Die besonderen geschichtlichen Bedingungen und Voraussetzungen der Parteibildung in Deutschland	1
1. Hemmnisse der Parteibildung	1
2. Ausgangspunkte der Parteibildung	7
II. Die Epochen der deutschen Parteiengeschichte	13
1. Die Epoche der Weltanschauungsparteien	13
2. Der Übergang von Weltanschauungsparteien auf Honoratiorenbasis zu Parteien mit Interesseneinfluß (1878-1914)	16
3. Die Entwicklung des Parteiwesens im Zeichen des vollen Parlamentarismus (1919-1933)	21
4. Neubildung demokratischer Parteien nach 1945	25
2. Abschnitt: Zur Soziologie der gegenwärtigen deutschen Parteien	
I. Ausbreitung der politischen Parteien	28
1. Religionszugehörigkeit	31
2. Vertriebene und Einheimische	32
3. Geschlechter und Altersklassen	32
II. Reichweite der Parteien	34
III. Organisationsform	38
IV. Mitgliedschaft und Wählerschaft	40
V. Innerparteiliche Willensbildung	45
1. Parteitage	45
2. Bestellung der Parteiführung	51
3. Zusammenfassung	56
VI. Stellung der Fraktionen in der Parteiorganisation	59
VII. Auswahl und Aufstellung von Parlamentskandidaten ..	61

II. Verfassungsrechtliche Grenzen einer Begriffsbestimmung	124
1. Normierungen des Art. 21 GG und Parteibegriff	124
2. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit	125
III. Positive Kriterien des Parteibegriffs	126
1. Verfassungsrechtliche Ausgangspunkte	126
2. Teilnahme an Wahlen	127
3. Streben nach unmittelbarer Einflußnahme auf die politische Willensbildung	128
4. Politische Zielsetzung (Programm)	131
5. Dauer und Beständigkeit	132
IV. Zusammenfassung und Folgerungen	133
1. Tragweite des Begriffs	134
2. Legaldefinition	134
3. Erwerb und Verlust der Parteieigenschaft	135
4. Konsequenzen einer weiteren Interpretation des Art. 21 Abs. 1 Satz 1 GG	135
V. Abgrenzung des Kreises der Parteien nach Art. 21 GG	135
1. Landes- und Kommunalparteien	135
2. Nebenorganisationen	136
3. Wählervereinigungen	136
4. Interessenverbände	137
5. Splitterparteien	138
6. Tarn- und Ersatzorganisationen	138
3. Abschnitt: Registrierung der Parteien	
I. Die Problematik einer Registrierung	140
1. Aufgaben und Zwecke einer Registrierung	140
2. Formen einer Registrierung	141
3. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen	141
II. Registrierung mit rechtsbegründender Wirkung	142
III. Registrierung mit beschränkter materieller Prüfungsbefugnis der Registerbehörde und beschränkter (klarstelter) Wirkung	143
1. Durchführung	143
2. Wirkungen	145
IV. Registrierung ohne materielle Prüfungsbefugnis der Registerbehörde und ohne Rechtswirkungen	148
1. Durchführung	148
2. Wirkungen	149
V. Zusammenfassung und Folgerungen	149
1. Bedeutung des Ergebnisses	150

2. Registrierung mit beschränkter materieller Prüfung und beschränkter Wirkung	151
3. Registrierung ohne materielle Prüfungsbefugnis der Registerbehörde und ohne Rechtswirkungen	152
4. Abschnitt: Die innere Ordnung der Parteien	
I. Die Zielsetzung des Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG	154
1. Parteienstatus und demokratische Ordnung	154
2. Demokratisierung der Parteien	156
II. Die Autonomie der Partei und die Grenzen der staatlichen Einwirkung	158
1. Parteien und Vereinsfreiheit	158
2. Der Bereich der „inneren Ordnung“	160
III. Einzelprobleme der Gesetzgebung zur inneren Ordnung	162
1. Satzung und Programm	162
2. Die Rechtsstellung der Parteimitglieder	163
3. Die innere Organisation der Parteien	165
4. Aufstellung von Kandidaten für öffentliche Wahlen .	167
5. Garantien für die Beobachtung der Maßstäbe der inneren Ordnung	172
5. Abschnitt: Rechenschaftslegung über die Herkunft der Mittel	
I. Zur Entstehung des Art. 21 Abs. 1 Satz 4 GG	174
II. Die Parteifinanzen in der ausländischen Gesetzgebung .	176
III. Der Auftrag des Grundgesetzes	179
1. Herkunft der Mittel	179
2. Umfang der Rechenschaftslegung	181
3. Adressat der Rechenschaftslegung	184
IV. Realitäten und Möglichkeiten einer Rechenschaftslegung	184
1. Finanzierung des Funktionsapparates	184
2. Interne Einnahmenkontrolle der Parteien	185
3. Arten der Parteieinnahmen	188
4. Mitgliedsbeiträge	188
5. Erträge aus Sammlungen, Veranstaltungen und Veröffentlichungen	190
6. Spenden	191
7. Spenden nach der Art des Empfängers	200
8. Sach- und Dienstleistungen	203
9. Erträge aus Parteivermögen, Parteibetrieben und Fraktionsbeiträgen	204

Inhalt

V. Inhalt des Gesetzes	205
1. Jährliche Aufstellung nach Herkunftskategorien	205
2. Angabe der individuellen Quelle	209
3. Ausgabenbeschränkungen	211
VI. Öffentliche Finanzierung der Parteien	212
1. Bisherige Vorschläge und bestehende Staatshilfen ...	212
2. Bürgerbeitrag	213
3. Unmittelbare Staatszuwendungen	216
4. Steuervergünstigungen für Zuwendungen an Parteien	218
VII. Zusammenfassung	220
6. Abschnitt: Auflösung von Parteien	
I. Parteiengesetz und Parteiverbot	222
1. Ergänzende Regelungen zu Art. 21 Abs. 2 GG	222
2. Aufnahme der ergänzenden Vorschriften in ein Par-	
teiengesetz	222
3. Zuständigkeit von Bund und Ländern	223
II. Demokratische Freiheit und Parteienverbot	224
1. Geschichtliche Entwicklung und ausländische Vor-	
bilder	224
2. Der Verfassungsschutz im Grundgesetz	225
III. Das Parteienprivileg	227
1. Parteien und politische Organisationen	227
2. Grenzen des Parteienprivilegs	228
IV. Das Parteiverbot und seine Durchführung	229
1. Voraussetzungen des Parteiverbots	229
2. Bindende Wirkung des Spruchs des Bundesverfas-	
sungsgerichts	230
3. Die Auswirkungen des Urteils (Verbot von Ersatz-	
organisationen, Vermögenseinziehung und Mandats-	
verlust)	231

ANHANG:

Übersicht der wichtigsten neueren Literatur zum Parteiwesen und zum Recht der Parteien

- I. Bibliographische Hilfsmittel und Sammlungen für Lite-
ratur zum Parteiwesen und zum Recht der Parteien 235
- II. Geschichte der Parteien (besonders in Deutschland) .. 236

III. Allgemeine Schriften über die Parteien und ihre Stellung im demokratischen Staate	237
IV. Lage und Stellung der Parteien in einzelnen Ländern ...	239
1. Deutschland	239
2. Großbritannien	242
3. Vereinigte Staaten von Amerika	242
4. Andere Länder	243
V. Parteienrecht und Verfassungsrecht	243
1. Die Parteien im deutschen Verfassungsrecht	243
2. Zum Recht der Primaries (Kandidatenaufstellung) ..	244
3. Parteifinanzen	244
4. Auflösung von Parteien	245
VI. Verbände und Parteien	245
Nachtrag zur Literaturübersicht (2. Aufl.)	247
NACHTRAG ZUR 2. AUFLAGE	
Zusätze und Ergänzungen zur 2. Auflage	250

3. Abschnitt: Politische und rechtliche Stellung der Parteien im Staate	
I. Die Struktur des modernen Parteienstaates	65
1. Das massendemokratische Staatsbild der Gegenwart .	65
2. Parteien, Fraktionen und Parlament	68
II. Staatsrechtliche Stellung der Parteien bei der Willensbildung des Staates	69
1. Der Vorgang der Staatswillensbildung	69
2. Staatswillensbildung und Staatsethos	71
III. Die Parteien im System der Staatsgewalten	74
1. Parteien und Staatsleitung	74
2. Parteien und Verwaltung	75
4. Abschnitt: Verbände und Parteien	
I. Die Verbände und die Struktur der modernen Gesellschaft	79
1. Soziologische Grundlagen der Verbandsbildung	79
2. Tätigkeit und Wirkungsmethoden der Verbände	82
II. Die Stellung der Verbände im öffentlichen Leben	84
1. Beziehungen zu den Parteien	84
2. Legislative Aufgabe	86
Anhang: Überblick über die Regelung des Verbandseinflusses im Ausland	
1. Australien	87
2. Belgien	87
3. Dänemark	88
4. Frankreich	88
5. Großbritannien	88
6. Israel	90
7. Italien	90
8. Niederlande	91
9. Schweden	91
10. Schweiz	92
11. Vereinigte Staaten von Amerika	92

5. Abschnitt: Überblick über die ausländische Gesetzgebung zum Parteienrecht	
I. Rechtliche Anerkennung der Stellung der Parteien 96
II. Parteiengesetze der Gegenwart 97
1. Vereinigte Staaten von Amerika 97
2. Vereinigtes Königreich von Großbritannien 98
3. Frankreich 98
4. Italien 98
5. Dänemark 99
6. Norwegen 99
7. Argentinien 100
Anhang:	
1. Auszug aus dem dänischen Gesetz vom 31. 3. 1953	102
2. Auszug aus dem norwegischen Gesetz vom 17. 12. 1920	102
3. Argentinisches Gesetz vom 30. 9. 1949 106
4. Auszug aus dem argentinischen Gesetz vom Oktober 1956 107

ZWEITER TEIL

Zur Gestaltung des Parteienrechts

1. Abschnitt: Der Auftrag des Art. 21 Abs. 3 GG und seine Grenzen	
I. Verfassungsrechtliche Voraussetzungen 111
1. Die Eigenart der Aufgabe 111
2. Der Rahmen des gesetzgeberischen Auftrages 113
3. Parteiengesetz und Bundesstaat 115
II. Gegenstände und Grenzen des Regelungsauftrages 116
1. Der Umfang der Gestaltungsmöglichkeit 116
2. Die verfassungsrechtlichen Grenzen des Regelungsauftrages 119
2. Abschnitt: Der Begriff der Partei 123
I. Die gesetzliche Begriffsfestlegung als Verfassungsinterpretation 123